

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

Planung am Alexanderplatz

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Planung am Alexanderplatz zu überprüfen und in den Bereichen, wo durch Überplanung von Bestand Investitionsblockaden und Stagnation entstanden sind, angepasste Konzepte in Varianten zu erarbeiten, die städtebauliche Weiterentwicklungsmöglichkeiten aus dem Bestand heraus zulassen und ihnen für die Zukunft einen Rahmen geben. Außerdem soll unter dem Aspekt einer bestandorientierten Weiterentwicklung des Masterplanes eine Prüfung der Denkmalswürdigkeit einzelner Bestandsbauten erfolgen.

Dies soll in einem kooperativen und beteiligungsorientierten Diskussions- und Planungsprozess unter Einbeziehung der breiten Stadtgesellschaft sowie den Grundstückseigentümern, Nutzern, der Politik, der Verwaltung und der Fachöffentlichkeit erfolgen.

Folgende Rahmenbedingungen sind zu berücksichtigen:

- Der Alexanderplatz bleibt weiterhin ein Hochhausstandort.
- Durchwegung nördlich der Alexanderstraße ermöglichen.

Die städtebaulichen Anpassungen sind vor allem in den Bereichen erforderlich, wo durch Investition in den Bestand eine mittelfristige Bestandsbewahrung- und Bestandssicherung erfolgte. Zwischenzeitlich wurde dieser Bestand intensiv weiter genutzt und ist heute und aus seiner Historie heraus integraler Bestandteil der Identität des Alexanderplatzes.

Das sind insbesondere das Park Inn als ehemaliges Hotel Stadt Berlin, das Haus des Reisens und das Haus der Elektroindustrie.

Für den Bereich um das Haus der Elektroindustrie ist eine stufenweise Planung zu entwickeln, die die Umsetzung einer räumlichen Verknüpfung mit dem nördlichen Bereich perspektivisch zulässt.

Ziel der städtebaulichen Neuorientierung am Alexanderplatz ist es darüber hinaus, den öffentlichen Raum weiter qualitativ aufzuwerten, öffentliche Nutzungen im Erdgeschoss konsequent durchzusetzen, die Aufenthaltsqualität weiter zu stärken und ein dem Ort angemessenes Nutzungsmanagement zu installieren.

Begründung:

Die 7-Jahresfrist zur Umsetzung der Bebauungspläne ist abgelaufen, ohne das durch Einreichung von Vorbescheiden oder Bauanträgen eine Planungs- und Umsetzungsabsicht der Grundstückseigentümer erkennbar ist. Nach Ablauf dieser zur Umsetzung des Planungsrechtes vom Gesetzgeber definierten Frist kann Berlin im Rahmen seiner Planungshoheit und im Rahmen der ausgeübten Nutzungsrechte das Planungsrecht entschädigungsfrei ändern und anpassen.

Im zentralen Bereich der Hochhauskonzeption von Kollhoff/Timmermann besteht mittelfristig keine Aussicht auf Umsetzung, da sie in weiten Teilen den bereits sanierten und genutzten Bestand überplant.

Lediglich auf dem Grundstück des Investors Hines wird ein Wohnhochhaus realisiert werden, dass der Art der planungsrechtlichen Nutzung derzeit widerspricht, weshalb aktuell ein Bebauungsplanänderungsverfahren und ein Wettbewerb durchgeführt werden.

Im Kernbereich des Alexanderplatzes, bspw. im Sockelbau des Park Inn, hat das bestehende Bau- und Planungsrecht des Bebauungsplanes dazu geführt, dass die bestehenden Geschäftsflächen kurz- bis mittelfristig vorrangig im Billigsegment vermietet werden.

Folgende Maßgaben sollen berücksichtigt werden:

- Hines: Das Resultat des Wettbewerbs ist abzuwarten, danach Anpassung B-Plan mit hohem Wohnanteil
- Prüfung der Bebauung Alexa in Bezug auf die Sichtachse, Haus des Lehrers und Fernsehturm
- Anpassung der Hochhausplanung Park Inn und Sockelbereich an den Bestand
- Anpassung und stufenweise Umsetzung einer Öffnung des Alex zum nördlichen Bereich - Durchwegung unter Berücksichtigung des Hauses der Elektroindustrie
- Räumlicher Anschluss des Hauses der Statistik und Areal zur Karl-Marx-Allee überprüfen
- Erst nach Abstimmung mit Grundstückseigentümern, Nutzern und Masterplanern den Bedarf weiterer vertiefter Verfahren und Wettbewerbe prüfen
- Durchführung von Projektwettbewerben

Berlin, 05. März 2014

Saleh Spranger Buchholz
und die übrigen Mitglieder
der SPD-Fraktion

Graf Brauner Evers
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU